Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 4 (1924-1925)
Heft: 2

Artikel: Schweizerische Sozialdemokratie und Völkerbund
Autor: Nobs, Ernst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328904

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rote Revue

Sozialistische Monatsschrift

2. HEFT OKTOBER 1924 IV. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Schweizerische Sozialdemokratie und Völkerbund.

Von Ernst Nobs.

1. Der Ausgangspunkt der Diskussion.

Obgleich der Völkerbund an unserem jüngsten Parteitag nicht als besonderer Verhandlungsgegenstand zur Diskussion stand, entspann sich bereits vor dem Parteitag in der Parteipresse etwelche Auseinandersetzung über die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und ihrer Parlamentsfraktion zum Völkerbund. Diese Aussprache erhielt am Parteitag ein starkes Echo. Seither hat auch die bürgerliche Presse versucht, sich in hämischen Glossen zu ergehen. Die Diskussion begann mit einem Artikel des Genossen Fritz Schneider, Basel, über das Arbeitsprogramm der Partei, in welchem er verlangte, die sozialdemokratische Partei müsse den Völkerbund nicht anders behandeln als wie jede andere Institution des kapitalistischen Staates, das heißt, wir müßten versuchen, auch den Völkerbund „unserem Kampfe dienstbar zu machen" und insbesondere „auf die Völkerbundspolitik in unserem Lande Einfluß zu bekommen". Schneider fährt dann weiter: „Das kann die Partei nicht, indem sie grollend beiseite steht, weil der Eintritt in diese internationale Organisation gegen ihren Willen beschlossen wurde, sondern auf dem Wege, daß sie die Institution des Völkerbundes benützt und den Bundesrat zu zwingen versucht, sie nicht nur in den Dienst der Bourgeoisie zu stellen. Bis jetzt haben wir mehr sabotiert, als auf diesem Gebiete politisiert." Am Parteitag erläuterte dann Genosse Schneider weiter, daß er eine positive Stellungnahme wünsche, nicht bloß im Sinne der Kritik und der Ablehnung, sondern der Antragstellung.

In der „Sentinelle" ist seither (11. September) durch Genosse Abel Vaucher zum Ausdruck gekommen, daß wir Sozialisten gute Gründe hätten, heute Hoffnungen in den Völkerbund zu setzen. Auch Genosse Graber hat am Parteitag, entgegen seiner bisherigen Skepsis gegenüber dem Völkerbund, ähnliche Erwartungen ausgesprochen.

2. Was haben wir seit dem 16. Mai 1920 getan?

Ich brauche auf den Kampf um den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund, wie ihn die Partei damals im Parlament und später in zahlreichen Volksversammlungen, in der Presse und den besonderen Abstimmungspublikationen geführt hat, nicht zurückzukommen. Die Partei stand noch selten so einmütig da wie gerade damals. Die Gründe, die sie damals geleitet haben, stehen wohl noch allen in frischer Erinnerung oder können von denen, die sich für sie interessieren, nachgelesen werden. Mir liegt daran, heute dokumentarisch nachzuweisen, wie die Partei und ihre Organe sich verhalten haben, nachdem der Beitritt der Schweiz zum Völkerbund gegen den Willen der Partei Tatsache geworden war.

Die Fraktion hat den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund als eine Tatsache hingenommen. Es wäre ja kindisch gewesen, die Realität verleugnen zu wollen. Aber die Fraktion hat den Völkerbund und die bundesrätliche Politik im Völkerbund genau gleich behandelt, wie wir als Partei jede Institution des bürgerlichen Staates und ihre Tätigkeit behandeln. Wir haben die Mängel und Unzulänglichkeiten des Völkerbundes, seine Schwächen, sein Versagen kritisiert, haben Verbesserungen angeregt, sodann und im besonderen die Tätigkeit der schweizerischen Delegierten im Völkerbund als Bevollmächtigte des Bundesrates kontrolliert, viele berechtigte Aussetzungen sowohl an ihrem Verhalten wie an den Instruktionen des Bundesrates gemacht, ferner auf die widersprechende Haltung unserer schweizerischen Völkerbundspolitiker in Genf und in Bern hingewiesen und namentlich versucht, die Kontrolle der schweizerischen Völkerbundspolitik wirksamer zu gestalten und schließlich dem Parlament einen größeren Einfluß auf die schweizerische Völkerbundspolitik zu verschaffen. Das gedruckte stenographische Bulletin der Bundesversammlung gibt nur ein sehr lückenhaftes Bild dieser Seite der Tätigkeit unserer Fraktion (was leider dem Genossen Schneider entgangen ist), weil bei weitem nicht alle Völkerbundsdebatten des Nationalrates gedruckt worden sind. Ich beschränke mich im nachfolgenden auf eine bloß summarische Wiedergabe der Aussetzungen und Anträge.

Die Fraktion hatte sich zunächst zu wehren für die Ermöglichung einer besseren Kontrolle der bundesrätlichen Mitwirkung im Völkerbund. Sie postulierte bald nach dem Beitritt der Schweiz die regelmäßige gesonderte Berichterstattung des Bundesrates über jede Völkerbundssession. Die Fraktion wünschte zu wiederholten Malen, daß die Berichterstattungen rascher erfolgen, auch einläßlicher gehalten sein möchten (z. B. Wiedergabe auch der abgelehnten Minderheitsanträge), ferner daß die Akten den Kommissionsmitgliedern nicht vorenthalten bleiben sollen. Die Fraktion trat weiter ein für die Veröffentlichung der Instruktionen des Bundesrates an die schweizerischen Delegierten. Grundsätzlich postulierte sie die Wahl der

Völkerbundsdelegierten durch das Parlament und die Mitwirkung des Parlaments bei der Festsetzung der Delegierten-Instruktionen.

In den Vordergrund ihrer Völkerbundsdiskussionen stellte die Fraktion zu wiederholten Malen die Abrüstungsfrage. Wir erhoben scharfen Einspruch dagegen, daß die schweizerischen Delegierten in der Abrüstungsfrage sich nicht den übrigen Nationen angeschlossen, sondern eine besondere Stellungnahme markiert hatten, durch welche die fortgesetzte Steigerung unserer Rüstungen und Militärausgaben bemäntelt werden sollte. Nicht minder entschieden protestierte die Fraktion dagegen, daß die schweizerischen Delegierten selbst eine Wunschresolution abgelehnt haben, welche sämtliche Staaten ersuchte, in den Jahren 1921 und 1922 die Militärausgaben des Jahres 1920 nicht zu überschreiten*). Wir wollten die schweizerischen Delegierten durch den Bundesrat verpflichten, für alle Abrüstungsvorschläge zu stimmen und selber initiativ für die Verminderung der Militärausgaben entweder einzeln oder gemeinsam mit anderen Delegationen vorzugehen. Die Sprecher der Fraktion ermangelten nicht, wiederholt auf den krassen Widerspruch zwischen der Mottaschen Völkerbundsrhetorik in Genf einerseits und der bundesrätlichen Militärpolitik in Bern anderseits aufmerksam zu machen. Wir begehrten weiter, daß auch der Bundesrat der von der zweiten Völkerbundssession beschlossenen Resolution nachkomme, „eine Propaganda zugunsten der Rüstungsbeschränkung unter den vom Völkerbundsvertrag vorgesehenen Bedingungen mit Ueberzeugung und Begeisterung zu unternehmen". Die Militärfrage kam so bei den Völkerbundsdiskussionen des Nationalrates durch kritische Aussetzungen unserer Fraktionsredner wie durch formulierte Interpellationen und namentlich durch Postulate immer wieder zur Sprache.

Die Fraktion verfehlte nicht, wiederholt auf die grundlegenden Mängel in der Konstitution des Völkerbundes aufmerksam zu machen und ihre Beseitigung anzuregen. Es wurde verlangt, daß die Revision des Paktes durch Beseitigung des Vetorechtes erleichtert, die Aufnahme neuer Mitglieder zur Herbeiführung der völligen Universalität des Völkerbundes begünstigt werde. Die Kompetenzen zwischen Völkerbundsrat, Völkerbundsversammlung und Botschafterkonferenz sollten klarer ausgeschieden, die Vormachtstellung des Rates und der ständigen Delegationen im Rate aufgehoben, die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit für alle Staaten eingeführt werden. Die unbefriedigende Wirksamkeit des Völkerbundes wurde nach-

*) Aus der Berichterstattung des Bundesrates hierüber: „Die Zustimmung der Schweiz zur Einschränkung der Militärausgaben hätte bedeutet, an den fundamentalen Prinzipien der allgemeinen Wehrpflicht zu rütteln." (!) Das schweizerische Militärbudget, das aber bei weitem nicht die Gesamtheit unserer Militärausgaben umfaßt, hatte für 1920 60 Millionen, für 1922 81,5 Millionen Militärausgaben vorgesehen.

gewiesen an Hand des italienisch-griechischen Konfliktes, wo durch die Außerachtlassung der Bestimmungen des Völkerbundsvertrages ein schwerwiegender Präzedenzfall geschaffen worden ist. Ebenso kritisierten wir die völlige Abdankung des Völkerbundes bei Anlaß der Besetzung des Ruhrgebietes. Gleich wenig befriedigte die Lösung, die unter dem Patronat des Völkerbundes der Wilnaer, der oberschlesischen, der siebenbürgischen, der burgenländischen Frage gegeben worden ist. Bei der Beschlußfassung über die Hilfsaktion für Deutschösterreich ermangelten die Redner der sozialdemokratischen Fraktion nicht, Einspruch zu erheben gegen die Ausschaltung der Rechte des österreichischen Volkes, welche Ausschaltung eine Bedingung der Hilfsaktion des Völkerbundes war. Auch daß der Völkerbund die erste Hilfsaktion gegen die russische Hungersnot zu unterstützen abgelehnt hatte, erfuhr von unserer Seite berechtigten Tadel. Noch begreiflicher war es, daß die Fraktion in den Krisenjahren 1921, 1922 und 1923 unsere Bürgerlichen an die großen Versprechungen (wie Aufhebung der Zollschranken, Verbesserung der schweizerischen Ausfuhr, Erleichterung unserer Handelsvertragsverhandlungen, Verbesserung unserer Produktions- und Arbeitsbedingungen, Sicherung der sozialpolitischen Errungenschaften) erinnerte, die sie im Beitrittsfeldzug dem Schweizervolk gemacht hatten. Die Fraktion interpellierte über die Instruktionen, welche den schweizerischen Delegationen an die Wirtschaftskonferenzen (des Völkerbundes) von Genua und im Haag erteilt worden waren. Sie verlangte die Ausführung der Opiumkonvention in der Schweiz und postulierte die Klarstellung der Konsequenzen, die sich aus Artikel 26 des Vertrages ergeben im Falle der Nichtratifikation einer Aenderung durch die Schweiz.

Mit all dem habe ich lediglich die wichtigsten Punkte erwähnt, die in den Völkerbundsdiskussionen des Nationalrates von sozialdemokratischer Seite zur Sprache gebracht worden sind. Hätte ich auf die Kommissionsverhandlungen eintreten wollen, wäre meine Berichterstattung sehr viel umfangreicher ausgefallen. Jedenfalls ergibt sich aber aus diesem Ueberblick, daß die Fraktion in diesen vier Jahren am Völkerbund nicht etwa eine kleinlich-nörgelnde, negative Kritik geübt hat, die an den Haaren herbeigezogen war, um eine traditionelle, ablehnende Haltung gegenüber dem Völkerbund notdürftig zu drapieren. Die Partei hat vielmehr in diesen vier Jahren die grundlegenden Völkerbundsfragen zu manchen Malen zur Diskussion gestellt, hat bei aller Kritik anregend und anspornend gewirkt, hat versucht, den Völkerbund von heute zu dem zu machen, was er sein sollte und hat insbesondere auch unserer inländischen Politik gewisse Impulse zu geben versucht unter Hinweis auf diese und jene progressive Postulate der Société des Nations.

Ich habe als einer der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion in der Völkerbundskommission des Nationalrates diese Uebersicht

geben wollen mehr zur Orientierung der Genossen als zur Polemik gegen den Genossen Schneider. Es ist klar, daß er sich im Ausdruck völlig vergriff, als er schrieb, die Partei habe in ihrer Haltung zum Völkerbund nicht politisiert, sie habe sabotiert. Weder die Partei noch die Fraktion haben das getan. Wenn sie es versuchen wollten, hätten sie es nicht einmal vermocht. Meine oben gegebene Aufzählung erbringt den Nachweis, daß die Fraktion nicht nur am Völkerbund eine an und für sich vollauf berechtigte und unerläßliche Kritik ausgeübt, sondern in mindestens ebenso starkem Maße durch positive Anregungen und Anträge versucht hat, auf die schweizerische Völkerbundspolitik und ihre innerpolitischen Konsequenzen Einfluß zu gewinnen im Interesse des arbeitenden Volkes. Genau das, was Genosse Schneider der Fraktion als Aufgabe stellt, hat die Fraktion bisher schon geleistet. Ein größeres Vertrauen als die meisten übrigen Parteigenossen bringt auch er dem Völkerbund nicht entgegen.

3. Das Internationale Arbeitsamt.

Hätte die schweizerische Arbeiterschaft deshalb, weil der Völkerbund zusamt seinen zugehörigen Einrichtungen in sehr unzulänglichen Formen geschaffen worden ist, es ablehnen sollen, an den Internationalen Arbeitskonferenzen und der gesamten Tätigkeit des BIT (Bureau International du Travail) irgendeinen Anteil zu nehmen? Diese Auffassung ist meines Wissens in der schweizerischen Arbeiterbewegung noch von keiner Seite vertreten worden. Es war ganz selbstverständlich, daß von dem Augenblick an, wo das Internationale Arbeitsamt ein Organ und ein Mittelpunkt der Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Unternehmern war, die Gewerkschaften sich von ihm nicht fernhalten konnten. Sie haben gemäß dieser Selbstverständlichkeit ohne langes Zaudern gehandelt. Hätten sie aus Feindschaft gegen die imperialistische Form des Völkerbundes wie aus Entrüstung über die verschleppte Ratifikation des Washingtoner Achtstundentagabkommens sich vom Internationalen Arbeitsamt, seinen Konferenzen und seiner gesamten Tätigkeit fernhalten wollen, so wären sie im weiteren Verlauf der Entwicklung doch wieder an den Verhandlungstisch des Internationalen Arbeitsamtes gezwungen worden. So haben wir Gewerkschaftsvertreter den Weg nach Genf unter die Füße nehmen sehen, die weder vom Völkerbund noch vom Arbeitsamt Illusionen erträumen. Das Internationale Arbeitsamt ist eine paritätische Organisation internationaler Art, wie wir solche da und dort auch auf nationalem Boden kennen, zur Vorbereitung und Vorberatung sozialpolitischer Neuerungen und zur Anbahnung von Vermittlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften. Das Internationale Arbeitsamt ist heute das einzige Organ internationaler Arbeits- und Sozialgesetzgebung. Es ist klar, daß die Arbeiterklasse es nicht negieren, sondern bloß danach trachten kann, aus ihm so viel Gewinn als möglich zu ziehen. Es soll nicht bestritten

werden, daß das Internationale Arbeitsamt der Arbeiterbewegung bereits große Dienste geleistet hat. Ich verhehle auch nicht, daß die sorgfältige Dokumentierung, welche die periodischen und die gelegentlichen Publikationen des Arbeitsamtes liefern, der parlamentarischen, journalistischen und propagandistischen Arbeit unserer Genossen von größtem Nutzen sein kann.

Wohl aber muß die Arbeiterschaft sich vor gewissen Illusionen hüten und gewisse fundamentale Tatsachen nie aus dem Gesichtsfeld verlieren: Das Internationale Arbeitsamt kann in keiner Weise der Arbeiterklasse die Aufgabe der Weiterführung des proletarischen Klassenkampfes abnehmen. Das Internationale Arbeitsamt kann keineswegs die gewerkschaftliche oder politische Organisation der Arbeiterklasse überflüssig machen oder ihre Aufgaben auch nur teilweise erfüllen. Das Internationale Arbeitsamt als solches ist keine Waffe der Arbeiterschaft, wohl aber ein Kampffeld — neben anderen — und nicht eines der ungünstigsten. Die Arbeiterklasse wird in der Institution des BIT genau so viel Gewicht und Einfluß haben, als sie in ihren Organisationen und Kämpfen gesellschaftliche Macht zu entfalten vermag.

Dieser Begrenzung des Wirkungskreises des BIT muß man sich bewußt sein, wenn man dabei keine Enttäuschungen erleben und daneben die elementarsten Pflichten der Arbeiterbewegung der Gegenwart nicht preisgeben will.

Daß gegen die Institutionen des Völkerbundes und auch das BIT, namentlich in der ersten Zeit seiner Tätigkeit, aus der schweizerischen Arbeiterbewegung geradezu ängstliches Mißtrauen laut geworden ist, braucht nicht weiter zu verwundern. Daraus ist der Luzerner Parteitagsbeschluß des Jahres 1921 zu erklären, welcher Parteigenossen verpflichtet, ihre politischen Mandate niederzulegen, „wenn sie in eine leitende Stellung solcher Institutionen oder Organisationen eintreten, deren Charakter der Partei Anlaß zu besonderen Vorsichtsmaßregeln gibt".

Wegleitend bei dieser Stellungnahme war der Gedanke, es müßte unbedingt vermieden werden, daß Genossen in Vertrauensstellungen der Partei etwa als Funktionäre des Völkerbundes oder des BIT in Ausübung ihres Amtes zu Handlungen gedrängt oder gezwungen würden, die sich gegen die Bestrebungen der Arbeiterschaft richten. Jedoch ist klar, daß eine Vertretung der Arbeiterschaft in den Organen des BIT als sehr erwünscht gelten muß. Es wäre verfehlt, das BIT und seinen Beamten- und Arbeitsapparat den Unternehmerverbänden und ihren Sekretären zu überlassen.

4. Ein Sozialist in der schweizerischen Völkerbundsdelegation?

Genosse Graber hat in seiner letzten Völkerbundsrede im Nationalrat eine Berücksichtigung der sozialdemokratischen Partei bei der Wahl der schweizerischen Delegation für Genf gefordert. Das Begehren wurde übrigens gestellt, ohne daß die Fraktion davon Kenntnis besaß oder gar dazu Stellung genommen hatte. Am Basler Parteitag sodann hat auch Fritz Schneider sich für eine solche Beteiligung ausgesprochen.

Ich mache den beiden daraus keinen Vorwurf, obgleich es wohl richtiger und zweckmäßiger gewesen wäre, sie hätten die Frage im schweizerischen Parteivorstand oder in der Nationalratsfraktion zur Sprache gebracht, bevor eine umstrittene Forderung öffentlich propagiert worden wäre. Es ist nun unerläßlich, sich über die Sache öffentlich auszusprechen.

Es wird argumentiert: Die sozialdemokratische Arbeiterschaft muß überall Vertretungen verlangen, überall ihren Einfluß zu mehren suchen, alle Wirkungsmöglichkeiten ausnützen, die Völkerbundsversammlung ist eine Welttribüne und ein Machtfaktor dazu — ergo!

Dieser Schlußfolgerung kann man sich indessen bei näherer Ueberlegung nicht so ohne weiteres anschließen.

Daß der Völkerbund ein Machtfaktor ist, daß es wünschenswert wäre, auf ihn Einfluß zu erlangen und seine Tribüne dem Sozialismus zunutze zu machen, will ich nicht bestreiten. Aber die Völkerbundsversammlung ist nicht einfach ein internationales Ueberparlament und die Tätigkeit der Länderdelegationen in ihr nicht einfach derjenigen von Abgeordneten in einer Volksvertretung zu vergleichen.

Uns Schweizern liegt ein historischer Vergleich sehr nahe: Die Völkerbundsversammlung ist kein Nationalrat, sondern eine Tagsatzung. Der Unterschied zwischen den beiden springt in die Augen. In der Volksvertretung handeln die vom Volke erwählten Abgeordneten gemäß freiem Ermessen. Sie sind ihren Wählern einzig durch das Mittel ihrer politischen Partei verantwortlich. In der Tagsatzung sprechen und stimmen die Abgeordneten von mehr oder weniger selbständigen Staaten gemäß den Instruktionen, die sie von ihren Regierungen entgegennehmen.

Dem Sozialisten in der Völkerbundsdelegation einer bürgerlichen Staatsregierung bleibt demnach gar wenig Bewegungsfreiheit. Er hat im Völkerbund durch dick und dünn die Politik seiner Landesregierung zu vertreten und gemäß den ihm erteilten Befehlen zu reden, zu schweigen und zu stimmen. Das ist ganz selbstverständlich, und wenn die Partei heute nicht bereit ist, einen Parteigenossen von allen Parteipflichten und Parteiprinzipien zu dispensieren — ein

sauberer Dispens! — und ihn in Genf die Politik des Bundesrates, selbst gegen die Interessen des Proletariats, machen zu lassen, dann soll sie eine Vertretung nicht begehren.

Es ist mir wohlbekannt, daß da und dort eine bürgerliche Regierung ihrer Völkerbundsabordnung auch einen Sozialisten beigegeben hat. Das ist zurzeit für Schweden der Fall, dessen früherer sozialistischer Ministerpräsident Branting seit Jahren erster Völkerbundsdelegierter Schwedens ist. Brantings persönlicher Einfluß und der seiner Partei gegenüber den seit Jahren wechselnden schwachen bürgerlichen Regierungen Schwedens ist jedenfalls stark genug, um ihn vor unwürdigen Zumutungen zu sichern. Auch die französische Regierung Herriot hat mit Rücksicht darauf, daß sie ein Kind des Linksblocks und ohne die Unterstützung der Sozialisten machtlos ist, den Sozialisten Boncourt als Mitglied der französischen Völkerbundsdelegation beigegeben. Aber auch hier liegt der Sachverhalt ganz anders als derzeit für die Schweiz. Ich halte dafür, daß der Bundesrat weder der sozialdemokratischen Partei noch dem Erwählten einen Dienst erweisen würde, wenn er sein leidliches Völkerbundstrio Motta, Ador, Forrer durch Zugabe etwa des Genossen Fritz Schneider oder Paul Grabers zu einem Quartett erweitern würde.

Ich finde, diese ganze Vertretungsfrage gehöre zu jenen doch eigentlich recht gegenstandslosen Diskussionen, für die wir nun einmal in unserer schweizerischen Partei eine besondere Vorliebe haben. Nicht daß es uns an wichtigerer Parteiarbeit gebräche, aber die Menschen haben ihre Schrullen, warum sollen nicht auch ihre Parteien davon ihr Teil abbekommen? Vielleicht wird aber doch diese große Frage uns nicht allzusehr und nicht gar zu lange in Atem halten. Hoffen wir das Beste!

5. Was soll anders werden?

Was soll denn nun an der Haltung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei gegenüber dem Völkerbund anders werden, als es bisher war? Von einer Austritts-Initiative spricht in der Partei zurzeit kein Mensch. Genosse Grimm hat am Basler Parteitag diesen Einfall mit Recht als kindisch bezeichnet. Können wir also bezüglich der praktischen Tätigkeit der Partei etwas anderes tun, als was wir in diesen viereinhalb Jahren seit dem Mai 1920 getan haben? Können wir mehr tun, als die Missetaten, Unterlassungen und Halbheiten des Völkerbundes brandmarken? Können wir mehr, als zeigen, was der Völkerbund ist und was er sein sollte? Können wir mehr, als immer wieder anregen und mit Verbesserungsvorschlägen kommen, um den Völkerbund zu dem zu machen, was er heute nicht sein kann?

Wir stellen uns also zum Völkerbund um kein Haar anders als zum kapitalistischen Staat schlechthin. Welcher Genosse kann von der Partei etwas anderes wollen? Niemand! Damit ist auch ausgesprochen, daß diese ganze Diskussion an der Haltung der Partei und der Tätigkeit der Nationalratsfraktion nichts zu ändern vermag.

Es gibt Genossen, die namentlich seit der gegenwärtigen Völkerbundssession große Hoffnungen in den Völkerbund setzen und die da wünschen, daß wir diese Hoffnungen ebenfalls hegen. Allein Hoffnungen sind eine zu leichte und zu vergängliche Ware, als daß wir sie durch Parteibeschluß festlegen und die Parteimitglieder darauf verpflichten können. Der Glaube macht selig. Allein wenn die Partei sicher gehen will, tut sie gut, immer die Wirklichkeit im Auge zu behalten und bloße Worte, Versprechungen und Prophezeiungen gering zu achten.

Es ist richtig, daß unter der Wirkung des Regierungswechsels in England und Frankreich im Völkerbund zwar nicht ein neuer Ton angeschlagen, aber doch früher bereits ausgesprochene Bestrebungen eine kräftige Förderung erfahren und eine bestimmte Gestalt angenommen haben. Wir wünschen, daß die allgemeine Abrüstung Tatsache werde. Aber die Ministerien kommen und gehen, und wir dürfen aus augenblicklichen Konstellationen uns nicht zu viele Versprechungen für die künftige Entwicklung machen.

Es wäre durchaus zu begreifen, daß nach dem Abschluß des Weltkrieges die kapitalistischen Großstaaten der Welt, gerade im Interesse der herrschenden Klasse, eine Atempause für notwendig hielten. Es ist möglich, daß der Kapitalismus aus wirtschaftlichen Gründen dieser Erholungspause bedarf. Es ist wahrscheinlich, daß die Führenden ein sehr lebhaftes Gefühl dafür haben, es sei jetzt populär, von Abrüstung und Schiedsgericht zu reden. Genossen, warten wir die Taten ab! Bleiben sie nicht aus, dann um so besser! Aber wenn sie nicht erfolgen, dann sind wir doch nicht die Düpierten und haben nicht den schweren politischen Fehler begangen, im Proletariat Hoffnungen auf die Bourgeoisie erweckt zu haben, die nicht in Erfüllung gegangen sind. Alle Erfahrung der Vergangenheit mahnt zur Vorsicht und sehr kritischer, nicht aber vertrauensseliger Einstellung. Haben wir etwa in der Schweiz in diesen viereinhalb Jahren etwas von Abrüstung gespürt, oder glaubt wirklich jemand, der Bundesrat werde zufolge der gegenwärtigen Genfer Session die Vorlage für die neue Truppenordnung zurückziehen oder auf den Dezember hin das Militärbudget reduzieren?

In dieser Skepsis gehen auch Genossen ausländischer Parteien mit uns einig, obgleich ihre Parteien seinerzeit nicht gegen den Anschluß an den Völkerbund sich ausgesprochen haben. So hat schon am 20. Juli 1922 im führenden belgischen Parteiblatt „Le Peuple" ein sozialistischer Offizier darauf aufmerksam gemacht (was gerade heute unsern Genossen zu entgehen scheint), daß die grundlegende Umgestaltung der Kriegführung durch die Kriegschemie auch dem ganzen Problem der Abrüstung ein völlig verändertes Aussehen gibt. Der Abrüstung von weittragender Artillerie, Kriegsflugzeugen, Panzerschiffen und selbst der Reduktion von Mannschaftsbeständen kommt nicht mehr die Bedeutung zu wie bis anhin, weil die vorhandenen Betriebe der chemischen Industrie, weil Handelsflugzeuge und kleine

rasche Schiffe binnen wenigen Tagen, ja Stunden, auf den Kriegsbetrieb umgestellt und von viel größerer kriegerischer Wirkung werden können als die alte schwere Stahlrüstung.

Ebenfalls recht kritisch äußert sich über den Völkerbund Genosse P. Troelstra, der geistige Führer unserer holländischen Bruderpartei, in der Juninummer von Hilferdings „Gesellschaft". Er stellt fest, daß der Völkerbund „bis zur Stunde noch nichts Wesentliches für die allgemeine Abrüstung hat leisten können" und meint, Klarheit über den Völkerbund zu schaffen sei um so notwendiger, „als die Gefahr besteht, daß unter dem Vorwand der Abrüstung der Militarismus von neuem gestärkt wird". Troelstra spricht weiter folgende Gedanken aus: „Der Völkerbund ist heute leider noch immer ein Mittel für gewisse Großmächte, ihre eigennützigen Bestrebungen hinter dem Schein des internationalen Gedankens und des Allgemeinwohls zu verbergen, als das Recht und den Frieden zu fördern. Er steht deshalb noch immer unter dem Banne der fortgesetzten Kriegspolitik." Troelstra stellt weiter die Frage, „ob nicht die Kleinstaaten, deren Stellung der Landesverteidigung gegenüber nicht mit der der großen Mächte und Imperien zu vergleichen ist, sich nicht auf der Basis des Abrüstungsgedankens zu einer gemeinsamen Taktik innerhalb des Völkerbundes zusammenschließen könnten". Troelstra sieht in greifbarer Nähe die Gefahr, „daß die kleinen, nicht militaristisch gesinnten und neutralen Staaten von den großen Siegerstaaten ins Schlepptau genommen, zu bedeutenden kriegerischen Aufwendungen genötigt und als Bauern im Schachspiel des Imperialismus verwendet würden". Troelstra erklärt, wenn der Völkerbund das Mittel der Garantiepolitik und das System der militärischen Spezialverträge sollte anwenden wollen, würden die holländischen Sozialisten die ersten sein, sich von ihm loszusagen. (Diese Separatbündnisse bleiben auch durch die neuesten Genfer Schiedsgerichts- und Abrüstungsvorschläge (September 1924) unangetastet!)

Im Oktober 1922 hat Genosse Graber im Nationalrat erklärt: „Ich war immer skeptisch gegenüber dem Völkerbund, und je länger ich ihm zusehe, um so skeptischer werde ich!" Noch in der Junisession dieses Jahres bekundete er alles Verständnis für das Mißtrauen gegenüber dem Völkerbund und pflichtete diesem Mißtrauen bei. Hüten wir uns davor, gar zu geschwind umzulernen. Der Völkerbund hat achtbare Vorschläge in der Richtung der Ausgestaltung des zwischenstaatlichen Schiedsgerichtsverfahrens und der Bekämpfung der Kriegsgefahr gemacht. Wir verkennen die Bedeutung dieser Sache nicht. Sie wird unsere nachhaltigste Unterstützung finden. Aber laßt uns Taten sehen, bevor wir Jubelhymnen anstimmen.